

FR-Blog: Umstritten

Aus der Diskussion über die Partei-Neugründung BSW

Gerhard Schröder ist keine Hilfe mehr

Aus Moskau wissen wir, dass sich Wladimir Putin über zwei deutsche Parteien freut: AfD und „Bündnis Sahra Wagenknecht“. Sein Freund Gerhard Schröder ist für ihn keine Hilfe. Die Idee, dass das BSW die rechte AfD in den ostdeutschen Ländern kleinhalten soll, indem es Protestwähler aufammelt, ist unter Politologen umstritten. Es gibt auch die Sicht, dass das BSW die extreme Migrationskritik der AfD salonfähig macht. Damit kann sicher der momentane Hoffnungs-schimmer durch die beeindruckenden Demonstrationen gegen rechts ausgehebelt werden.

Siegfried Kowallek via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/bsw

Keine Sternstunde

Zu: „Wenn man sich zur Rente äußert, gibt es Wirbel“, FR-Wirtschaft, 25.1.

Die Frau (Wirtschaftsweise Monika Schnitzer, Anm. d. Red.) hat Humor. Den Satz: „Gerade die mangelnde Präsenz von Gering- und Durchschnittsverdienern am Aktienmarkt trägt zur Vermögens-Ungleichheit bei“ muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Ärgerlich, dass der Journalist den Ball nicht aufnimmt (wie leider häufig in der FR) und nachfragt. Es hätte eine Sternstunde des kritischen Journalismus werden können. Schade!

Bernhard Alterm, Frankfurt

Das Klima ist wichtig

Greenpeace: „Kritik an Bauprojekten“, FR-Politik vom 26. Januar

Der FR-Artikel bringt einen auch als Normalverbraucher auf die Palme. Ich bin als ehemaliger Stadtplaner und Architekt (öffentlicher Dienst) seit 20 Jahren in Rente und muss miterleben, wie eine Regierung umweltpolitisch den Klimaschutz mit Füßen tritt. Es ist im Kopf nicht auszuhalten, wie durch beabsichtigten weiteren Großstraßenbau Verkehrswende und Klimaschutz negiert wird. Und dies vorangetrieben durch den lediglich fünf Prozent zählenden Koalitionspartner in der Regierung.

Es ist schon fast kriminell, wie FDP-Minister Volker Wissing mit den durch Fachleute fundierten Aussagen im FR-Artikel umgeht. Er sollte sich den Inhalt auf der Zunge zergehen lassen und zur Vernunft kommen. SPD und Grüne könnten sich in diesem wichtigen Politikfeld in der Koalition mal gegen die FDP entscheiden, auch auf die Gefahr hin, dass die Regierung platzt: Das Klima ist zu wichtig.

Oskar Voigt, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Kein Wort über die russische Aggression

„Bündnis Sahra Wagenknecht“: „Nibelungentreue und ihre Gefahren“, FR-Feuilleton vom 3. Februar

Keine Freiheit ohne die Hilfe der USA

Natürlich, – „Nibelungentreue“ war ein Fehler – vor mehr als 100 Jahren. Heute ist es ein noch schwererer Fehler, wenn ein deutscher Professor in einem langen Beitrag zwar die Niederlage der Ukraine vorausagt, die Unterstützung für die Ukraine durch demokratische Staaten sowie den „weltpolitischen Herrschaftsanspruch der USA“ beklagt – aber dabei weder den Aggressor, noch dessen „ungebrochenen Imperialismus“ auch nur andeutungsweise erwähnt.

Wer einen Fehler deutscher Politik aus 1909/1914 als „lesson learned“ anführt, sollte (sich) auch daran erinnern, dass ohne die materielle und finanzielle Hilfe der USA für die UdSSR diese den Zweiten Weltkrieg nicht überstanden hätte – sondern der Aggressor Nazi-Deutschland.

Dieter Hartwig, Kiel

Putin strebt nach imperialer Macht

In dem FR-Beitrag stellt sich Professor Streeck hinter die Forderung Sahra Wagenknechts, die Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen und das Öl- und Gasembargo zu beenden. Die realistische Einordnung dieser Forderungen in der deutschen Presse als „naiven Pazifismus“ und „verräterischen Putinismus“ hält Streeck für ganz falsch und wünscht sich stattdessen „eine Debatte über das nationale Interesse Deutschlands unter den Bedingungen des Zusammenbruchs der US-beherrschten Neuen Weltordnung“.

Nicht Russland ist offenbar das Problem, es sind die USA. Den Gipfel der Tatsachenverkehrung leistet Streeck sich, wenn er fern jeder Realitätswahrnehmung davon spricht, dass der Westen Krieg gegen Russland führe. Nicht der Westen führt

Krieg gegen Russland, sondern Russland gegen die Ukraine, die sich wegen des ungerechtfertigten Überfalls vom Westen unterstützen lässt.

Unbegreiflich ist, dass Streeck kein Wort darüber verliert, dass Russland völkerrechtswidrig die Ukraine angegriffen hat und der Westen der Ukraine auf deren Bitten und im Interesse der Verteidigung einer freien Gesellschaft zu Hilfe kommt.

Er sagt nichts über die Lüge Putins vor Kriegsbeginn und bei dem Versuch westlicher Politiker, einen Krieg zu verhindern, dass die zusammengezogenen Truppen an der ukraininischen Grenze nicht in die Ukraine einmarschieren würden; sagt nichts zu den lügenhaften Begründungen für den Krieg gegen die Ukraine. Streeck verliert kein Wort darüber, dass Putin die von Gorbatschow eingeleitete demokratische Entwicklung Russlands Schritt für Schritt zurückgedreht und damit eine Bedrohung für die westlichen Demokratien geschaffen hat; dass politische Gegner in Haft genommen, vergiftet oder erschossen werden; dass ein solch egozentrischer und rücksichtslos machtlüsterner Diktator kein vertrauenswürdiger Partner des Westens sein kann.

Wenn ein um seine Freiheit und um seine Existenz kämpfendes Land, das von einem Ego manen überfallen wird, der zudem eine Bedrohung für weitere Länder darstellt, um Hilfe bittet, dann ist Unterstützung nicht geboten?

Die Selbstverständlichkeit, dass die Ukraine ihr Territorium behalten möchte, wird von Streeck als Festhalten an „maximalistischen Kriegszielen“ kritisiert. Das sind Verteidigungshilfe und keine Kriegsziele. Den Krieg hat Putin vom Zaun gebrochen. Er verfolgt inakzeptable Kriegsziele.

Sarah Wagenknecht und Wolfgang Streeck stehen mit ih-

rer Argumentation faktisch hinter dem großmachthungrigen Krieger Putin.

Ernst Niemeier, Wentorf

Amerikanische Weltordnung

Der Artikel von Wolfgang Streeck spricht mir aus dem Herzen. Nicht nur seine Einschätzung des „Bündnisses Sahra Wagenknecht“: keine Waffenlieferungen an die Ukraine, weiterhin Annäherung an Russland. Ganz besonders danke ich für seine Analyse der „amerikanischen Weltordnungs- bzw. Weltbeherrschungspolitik“. Es geht dabei ja nicht nur um Kriege und militärische Aktionen, wie ganz aktuell gegen die Huthis im Jemen.

Den kulturellen Imperialismus der USA (und ihrer Vasallen) finde ich noch verheerender, ganz besonders für die Länder des globalen Südens. Hoffnung macht mir, dass sie inzwischen eigene Wege gehen und sich langsam von der westlichen Hegemonie emanzipieren.

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

Alice Weidel könnte vermutlich zustimmen

Ich finde es ja durchaus richtig, dass in einer Zeitung auch kontroverse Meinungen zu Wort kommen. Aber wenn ich Kreml-Propaganda lesen wollte, würde ich eine andere Zeitung abonnieren. Ist es wirklich notwendig, auf fast zwei Seiten Wahlwerbung für das Bündnis Sahra Wagenknecht zu machen?

Der Artikel von Herrn Streeck im Feuilleton hat mich in seinem Zynismus wirklich schockiert. Muss ich demnächst an dieser Stelle aus Gründen der Ausgewogenheit auch Artikel von Alice Weidel lesen? Inhaltlich könnte sie vermutlich zustimmen.

Jutta Denzler Neuberger, Leverkusen

Diskussion: frblog.de/bsw

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert

präsentiert sein Buch „Wer nicht hören will, wird bestreikt“. Mit Jürgen Hinzer, früherer Bundesstreikbeauftragter der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten
Donnerstag, 15. Februar, 14 Uhr
DGB-Haus, Am Freiheitsplatz 6, Hanau

Claus-Jürgen Göpfert spricht über das Erstarken der Rechten in den Betrieben mit dem Soziologen Professor Klaus Dörre von der Universität Jena.
Montag, 19. Februar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert „Der Krieg in Gaza“ Mit Nicole Deitelhoff (Leipnitz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung) Ruprecht Polenz (CDU) und Michael Roth (MdB, SPD). Livestream:
youtube.com/hausamdom
Dienstag, 20. Februar, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3 Frankfurt

Eine erfreuliche Entwicklung

Demos gegen rechts: „Chance fürs ganze Land“ und „Für die Demokratie“, FR-Meinung vom 29. und 22. Januar

Ich trete für die Erhaltung der Demokratie ein

Nie hätte ich gedacht, dass mehr als eine Million Menschen in Deutschland an den Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit teilnehmen und der Zustrom immer noch anhält. Das ist für mich wie ein „Wunder“, weil ich oft in Diskussionen rechten Parolen oder der resignierten Meinung begegne, dass wir doch nichts ändern könnten.

Als ich in Offenbach vor dem Rathaus inmitten der gewaltigen Menge von Demonstranten den Rednern zuhörte und die hochgehaltenen Schilder las, wurde mir eines schmerzhaft bewusst: Wo sind die Kirchen Offenbachs? Warum gehören sie nicht zu den Veranstaltern (wie z.B. in

Frankfurt, Darmstadt) und rufen laut zu Protesten auf? Nicht die Spur einer Entrüstung, geschweige denn eines Aufschreis. Das gehört meiner Meinung nach zu ihren Aufgaben. Meine Hoffnung: dass Christen mit allen Menschen guten Willens für den Erhalt der Demokratie zusammenarbeiten. Was aber bleibt ist die Frage: Welchen Einfluss haben diese Kundgebungen auf das Wählerverhalten?

Christa Heisig, Heusenstamm

Vielleicht wurden manche wachgerüttelt

Es ist sicherlich sehr erfreulich, dass sich in den vergangenen Tagen hunderttausende Menschen in vielen Städten zusammengefunden haben, um gegen populistische, überwiegend rechtsex-

treme Entwicklungen zu demonstrieren. Man sollte sich jedoch keiner Illusion hingeben: Bei Wahlen wird diese massive Front in viele Gruppen zerfallen und nur in eher problematischen „Koalitionen“ der laut Umfragen (leider) starken Fraktion der AfD-Wähler entgegen-treten können.

Mag sein, dass durch die Demonstrationen der eine oder andere wachgerüttelt und zum Nachdenken animiert wird. Dennoch ist zu befürchten, dass Wahlerfolge der AfD in einer den aktuellen Umfrageergebnissen entsprechenden Größenordnung liegen, während demokratische Parteien (und es werden offensichtlich mehr) sich nur schwer zu einer erforderlichen Geschlossenheit gegen „Rechts“ zusammenfinden.